



Presseschau vom 23.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [Korrespondent](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [Korrespondent](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Kiewer Strafverfahren gegen Scooter wird „wie Seifenblase platzen“ – Krimdeutsche

Das durch Kiew gegen die deutsche Electro-Band Scooter wegen ihres Krim-Besuchs eingeleitete Strafverfahren ist laut dem Vorsitzenden der Krimdeutschen-Gemeinde, Juri Gempel, zum Scheitern verurteilt und wird wie eine Seifenblase platzen.

„All dies endet mit dem Platzen einer Seifenblase. Ich denke nicht, dass es Gründe gibt, um die Musiker zur Verantwortung zu ziehen. Das einzige, was die Ukraine tun kann, ist, sie zur Persona non grata zu erklären und deutsche Bürger weiter einzuschüchtern“, sagte Gempel am Dienstag in einem RIA-Novosti-Gespräch.

Zudem zeigte er sich zuversichtlich, dass die Europäer auch weiterhin auf die Krim kommen, darunter mit Gastspielen und zu Geschäftsbesuchen, und auf „kleine Einschüchterungen“ der ukrainischen Seite nicht reagieren würden.

„Von Tag zu Tag kommen immer mehr Künstler, Politiker und Geschäftsleute aus Europa auf die Krim. Dieser Prozess ist nicht mehr zu stoppen. Das offizielle Kiew hat bereits keine Waffenmittel mehr, um gegen diesen Prozess anzukämpfen“, so Gempel.

Die deutsche Band Scooter war am 4. August im Rahmen des Festivals ZBFest in Balaklawa aufgetreten. Die Ukraine leitete nach dem Auftritt der Gruppe ein Strafverfahren gegen die Musiker wegen des Krim-Besuchs ein. Den Deutschen drohen nun acht Jahre Haft wegen der Verletzung der Einreiseregeln für Ausländer.

Bei dem Volksentscheid am 16. März 2014 über den künftigen Status der Halbinsel Krim und

der Stadt Sewastopol hatten 96,77 Prozent bzw. 95,6 Prozent der Bewohner für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt. Am 18. März 2014 wurde der Vertrag über die Wiedervereinigung unterzeichnet. Trotz des Volksentscheids betrachtet die Ukraine die Krim weiterhin als Teil ihres Territoriums. Die Resultate des Krim-Referendums haben auch die meisten EU- und Nato-Staaten nicht anerkannt und Sanktionen gegen Russland verhängt.

de.sputniknews.com: „Schwer, darüber zu reden“: Deutsche „Nachtwölfe“ im Donbass erstaunt und schockiert

Auf ihrer Fahrt nach Sewastopol (Krim) haben die Biker des russischen Clubs „Nachtwölfe“ in den ostukrainischen Städten Donezk und Lugansk Halt gemacht. Die dem internationalen Team angehörenden Motorradfahrer aus zahlreichen europäischen Ländern, darunter Deutschland, waren über das Gesehene schockiert. Gegenüber Spuntik erklärten sie, warum. „Wir haben Beweise für die Ereignisse von 2014-2015 gesehen. Die Männer aus den EU-Ländern, die mit uns reisen, konnten die Schrecken des damaligen Krieges mit eigenen Augen sehen“, sagte der Leiter der Motorrad-Gedenkfahrt Andrej Bobrowski im Sputnik-Gespräch. „Einige Dörfer sind einfach vom Antlitz der Erde getilgt. Obwohl schon drei Jahre vergangen sind, kommt es einem vor, als wäre es erst gestern gewesen. Der Umfang der Zerstörung ist riesig. Ich studiere Geschichte, und all dies ist vergleichbar mit dem Massaker in Wolhynien während des Zweiten Weltkrieges.“

Ihm zufolge waren die Biker aus der EU, die zum ersten Mal im Donezbecken gewesen sind, erstaunt und schockiert, da nichts von dem, was sie gesehen hätten, mit den Berichten der westlichen Massenmedien übereinstimme.

„Darüber ist schwer zu reden“

„Man muss das eigentlich mit eigenen Augen gesehen haben, dann hat man ein eigenes Bild“, betonte der deutsche Biker Alexander Schulz gegenüber Sputnik. Das würde er auch seinen Bekannten und den europäischen Politikern empfehlen.

Schulz hat eigenen Angaben nach Orte gesehen, die zu 90 Prozent ausgelöscht wurden, so wie die Ortschaft Nikischino. Zusammen mit den Nachtwölfen habe er Städte und Dörfer besucht, wo es schwere Gefechte gegeben habe, wo auch russische Journalisten getötet worden seien.

„Alles war sehr beeindruckend. Auf einigen Straßen gibt es bis jetzt Bäume mit keinem grünen Blatt. Man hat uns eine Kirche gezeigt, wo schreckliche Dinge passiert waren. Darüber ist schwer zu reden. Sie ist wiederaufgebaut und funktioniert jetzt. In Donezk sieht jetzt alles gut aus, es ist schon alles aufgeräumt und es geht vorwärts.“

In den Grenzgebieten werde noch geschossen. Aber das einzige Mal, als diesmal geschossen wurde, sei bei der Blumenniederlegung während des Saluts gewesen, so Schulz. Er habe den örtlichen Journalisten viele Interviews gegeben, ausländische Korrespondenten seien aber keine vor Ort gewesen.

Positiver Eindruck von Bewohnern

„Die Menschen waren froh, uns zu sehen. Sie kamen mit den Kindern und hatten uns sehr herzlich empfangen. Sie sind sehr positiv eingestellt und sind stolz darauf, dass sie ihr Land zurückgewonnen haben. Sie sehen nun mit Hoffnung in die Zukunft hin“, so Schulz.

„Wir befanden uns nicht weit von der Frontlinie, es kommt ständig zu Gefechten. Die Leute, denen wir begegneten, sagten, dass sie die Gräueltaten der Strafeinheiten aus Kiew nie vergessen würden. Die Leute sind an den Schusswechsel an der Grenze gewöhnt, aber sie wollen, dass all dies so schnell wie möglich ein Ende nimmt“, fügte Bobrowski hinzu.

Die Biker des russischen Motorradclubs „Nachtwölfe“ fahren jedes Jahr auf den „Wegen des Sieges“ durch europäische Länder, um Kränze an Monumenten für die während des Zweiten Weltkrieges gefallenen Sowjetsoldaten niederzulegen. Dem internationalen Team gehören Motorradfahrer aus Russland, Deutschland, Polen, Tschechien, Italien und Österreich an.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31713/17/317131705.jpg>

de.sputniknews.com: Russland bewertet Risiken für seine Exporte durch US-Kohlelieferungen an Ukraine

Die US-Kohlelieferungen an die Ukraine werden sich auf die russischen Brennstoff-Exporte an Kiew, die sich jährlich auf zehn Millionen Tonnen belaufen, nicht auswirken. Dies sagte am Dienstag der russische Vize-Energieminister Anatoli Janowski.

Russland sehe seine Kohleexporte an die Ukraine durch die amerikanischen Lieferungen nicht gefährdet, betonte er.

„Ich glaube nicht, dass das ein wichtiger Faktor für uns sein wird. Aus einem einfachen Grund: Wir liefern an die Ukraine hauptsächlich Kokskohle für Metallurgie-Unternehmen“, so Janowski gegenüber Journalisten.

Was Kraftwerkskohle angehe, so habe die Ukraine diese früher aus den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk erhalten: „Nun erleben sie eine Art Energie-Hunger, weil sie Lieferungen dieser Kohlenart blockiert haben. Das heißt, sie kompensieren diese ausgefallenen Lieferungen durch Importe aus anderen Ländern. Deshalb handelt es sich bei den US-Lieferungen um Kraftwerkskohle, die wir aus Russland sowieso praktisch nie geliefert hatten.“

Zuvor hatte die ukrainische Botschaft in den USA mitgeteilt, dass Washington im Rahmen des Abkommens zwischen dem US-Unternehmen Xcoal Energy & Resources und der ukrainischen Firma Zentrengo die erste Partie Kohle in die Ukraine geliefert habe. Laut dem Liefervertrag soll die Ukraine bis zum Jahresende 700.000 Tonnen Kohle aus den USA bekommen. Der Preis für die erste Lieferung beträgt 113 US-Dollar je Tonne, doch der Preis soll variabel sein.

Wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zuvor gegenüber Journalisten mitteilte, will die Ukraine im US-Bundesstaat Pennsylvania zwei Millionen Tonnen Kohle kaufen. Dabei bekräftigte er seinen Verzicht, Kohle im nahe liegenden Donbass zu erwerben.

Zu Beginn dieses Jahres hatten ukrainische Extremisten die Steinkohlelieferungen aus dem Donbass blockiert. Im Februar wurde in der Ukraine der Energienotstand ausgerufen.

**armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin
Die Führung der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und**

Koordination wird wieder zum Beteiligten an **gestellten Aktivitäten**, die vom Kommando der „ATO“ geplant sind. Nach Informationen, die von den Vertretern der DVR im Gemeinsamen Zentrum erhalten haben, haben heute ukrainische Beobachter die Streitkräfte der DVR beschuldigt, um 20:15 Talakowka mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ von Positionen im Gebiet von Kominternowo aus beschossen zu haben.

Ich erkläre offiziell, dass dies eine weitere Lüge ist! Die russischen Vertreter im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination der Feueinstellung bestätigen den genannten Beschuss nicht. Solche falschen Beschuldigungen sind in letzter Zeit immer öfter zu hören. Es ist bemerkenswert, dass die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nach solchen Erklärungen das Feuer auf den erdachten Beschuss von unserer Seite aus erwidern, im Weiteren erfolgt oft eine Aktivierung von Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners. Die sogenannte „Erwiderung“ haben die ukrainischen Streitkräfte um 21:15 aus Richtung Schirokino mit Hilfe von Mehrfachraketenwerfern „Grad“ durchgeführt. Auf **Besymennoje** wurden zehn Raketen abgeschossen. **In der Beschusszone** befand sich wieder der **Beobachtungsposten des Gemeinsamen Zentrums**. Die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums sowohl von der russischen als auch von der ukrainischen Seite waren gezwungen, aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit in einem Keller Schutz zu suchen.

Eines der anschaulichen Beispiele ist der am 15. August erfolgte Versuch von zwei ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppen, unter Deckung von Artilleriefeuer in die „graue Zone“ im Gebiet von Kominternowo einzudringen. Ich erinnere daran, dass der Gegner damals Verluste von sechs toten und drei verletzten Soldaten hatte. In dem Versuch, die Information über diesen Fall von Aggression zu verheimlichen, verschweigt das Kommando der „ATO“ die Nachrichten über die toten Diversanten.

Wir schließen nicht aus, dass die falschen Beschuldigungen gegenüber den Streitkräften der DVR, die von der Führung der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zu hören sind, auch dieses Mal Teil eines neuen blutigen Plans sind, dessen Ziel die Durchführung von **Provokationen im Vorfeld des „Unabhängigkeits“tags der Ukraine und des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk** sind und im Folgenden dann die aktive Phase der Kämpfe wieder aufgenommen wird.

de.sputniknews.com: Telefonat der „Normandie-Vier“: Waffenstillstand im Donbass erörtert
Am heutigen Dienstag haben sich die Staats- und Regierungschefs des "Normandie-Formats" bei einem gemeinsamen Telefonat erneut für eine Waffenruhe in der Ukraine ausgesprochen. An dem Telefongespräch nahmen der russische Präsident Wladimir Putin, der französische Präsident Emmanuel Macron, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko teil.

„Dabei brachten sie ihre ausdrückliche Unterstützung für die am 23. August anstehende Entscheidung der Trilateralen Kontaktgruppe zum Ausdruck, anlässlich des Schuljahresbeginns eine Waffenruhe anzukündigen“, heißt es auf der Webseite der Bundesregierung.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten laut Seibert die Erwartung, dass dieser Waffenstillstand zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage zum Wohle der Schulkinder und für die gesamte Zivilbevölkerung im Donbass führen werde.

Die Staats- und Regierungschefs hätten zudem zugesagt, sich auf Grundlage eines nachhaltigen Waffenstillstands persönlich für die weitere Umsetzung der Minsker Abkommen einzusetzen.

Vormittags:

ukrinform.ua: Normandie-Vier unterstützt Waffenruhe zu Beginn des Schuljahres
Der Präsident der Ukraine. Petro Poroschenko, hat am Dienstag ein Telefonat mit den Staats- und Regierungschefs der Normandie-Länder geführt.
Das meldete das ukrainische Präsidialamt. „Petro Poroschenko berichtete über einen Besuch in die Stadt Schtschastja, unweit von dem besetzten Luhansk, und einem Treffen mit Vertretern der Basis der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine in Stanjazja Luhanskaja. Der Präsident der Ukraine sprach seine volle Unterstützung für ihre ganztägige Tätigkeit in dieser Stadt aus“, heißt es in der Meldung.
Die Staats- und Regierungschefs des „Normandie-Formats“ - der Ukraine, Frankreichs, Deutschlands und Russlands - einigten sich nach dem Telefonat auf eine gemeinsame Erklärung. Sie brachten ihre ausdrückliche Unterstützung für die am 23. anstehende Entscheidung der Trilateralen Kontaktgruppe zur Ukraine zum Ausdruck, zum Beginn des Schuljahres eine Waffenruhe anzukündigen. Die Staats- und Regierungschefs äußerten die Erwartung, dass diese Waffenruhe zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage im Interesse der Schulkinder und der gesamten Zivilbevölkerung im Donbas führen wird. Die Staats- und Regierungschefs haben zugesagt, sich auf Grundlage eines nachhaltigen Waffenstillstands für die weitere Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einzusetzen.

de.sputniknews.com: „Fakten sind verbohr“: Moskau nennt Grund für Probleme mit Ausstellung von US-Visa

Die Probleme mit der Ausstellung von US-Visa sind mit der mangelnden Effektivität der Visa-Abteilungen der US-Vertretungen in Russland verbunden. Dies geht am Dienstag aus einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hervor.

„Bemäntelt durch die erdachte These darüber, dass die Erfüllung unserer Forderung nach der Wiederherstellung der Parität in Bezug auf die Personalstärke der Auslandsbehörden der USA und Russlands die Ausführung von konsularischen Funktionen hindert, verfolgt Washington in der Tat völlig andere Ziele. Die Absicht ist offensichtlich: die Unzufriedenheit der russischen Bürger mit den Schwierigkeiten, die angeblich wegen des Personalabbaus der diplomatischen Missionen entstanden sind, hervorzurufen“, heißt es in der Mitteilung. Dem Außenministerium zufolge steckt das Problem in Wirklichkeit in der mangelnden Effektivität der Arbeit der US-Visaabteilungen.

„Während beispielsweise 16 Mitarbeiter des italienischen Konsulats im vorigen Jahr 478.000 Visaanträge bearbeitet haben, und fünf ihrer spanischen Kollegen 877.000 Visa für Russen erteilt haben, konnte das um ein Vielfaches stärkere Personal der US-Konsulate nur etwa 186.000 Visa ‚bezwingen‘. Fakten sind eine verbohrte Sache“, teilt das Ministerium ferner mit.

„Also sollten die amerikanischen Kollegen lieber keine falschen Anschuldigungen vorbringen und den Personalabbau in Russland nicht als einen Vorwand zur Anhäufung von Reizfaktoren in den auch ohnedies komplizierten russisch-amerikanischen Beziehungen gebrauchen“, heißt es abschließend.

Wie berichtet wurde, stellen die USA ab dem 23. August die Ausstellung von Nicht-Immigrationsvisa in ganz Russland ein. Ab dem ersten September sollen die Visa wieder erteilt werden, allerdings nur in Moskau.

Washington erläuterte die Maßnahme mit dem Abbau des Personals seiner diplomatischen Mission in Russland. Zuvor hatte Moskau von den USA gefordert, die zahlenmäßige Stärke des diplomatischen und technischen Personals der US-Botschaft in Moskau und der Generalkonsulate in St. Petersburg, Jekaterinburg und Wladiwostok bis zum 1. September auf 455 Mitarbeiter zu reduzieren und so in Übereinstimmung mit der Personalstärke der russischen Vertretungen in den USA zu bringen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Almasnaja, Donezkij, Frunse, Kalinowo, Kalinowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Moskau beginnt mit Entwicklung „unvermeidbarer Gegenmaßnahmen“ gegen Washington

Moskau erarbeitet aktuell laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow „unvermeidbare Gegenmaßnahmen“ als Reaktion auf die jüngste Erweiterung der US-Sanktionen. Die entsprechende Erklärung des Diplomaten wurde am Dienstag auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht.

„Washington hat denselben Fehler zweimal gemacht: Das US-Finanzministerium hat am 22. August beschlossen, die Sanktionsliste zu erweitern – diesmal nach dem nordkoreanischen Muster“, heißt es in der Erklärung.

Die Einschränkungsmaßnahmen betreffen vier russische Bürger und eine Firma. „Der noch von der Administration von Barack Obama genommene Kurs auf konsequente Zerstörung der bilateralen Beziehungen wird fortgesetzt“, hieß es weiter. Seit dem Einzug des neuen Teams ins Weiße Haus sei das schon der vierte solche Schritt gegen Russland.

„Im Laufe der letzten Jahre hätte Washington eigentlich schon begreifen sollen, dass für uns die Sanktionssprache inakzeptabel ist und dass dieses Vorgehen die Problemlösung nur behindert. Bislang scheint man dort derart auf der Hand liegende Wahrheiten nicht eingesehen zu haben“, betonte Rjabkow.

Vor einem solch deprimierenden Hintergrund würden die Ausführungen der amerikanischen Seite über einen Wunsch nach einer Stabilisierung der Beziehungen nicht sehr überzeugend klingen.

In Russland gebe man jedoch die Hoffnung nicht auf, dass „die Stimme der Vernunft“ früher oder später die Oberhand gewinnen werde und die US-Kollegen die Aussichtslosigkeit und den Schaden „der Sanktionsspirale“ einsehen würden.

„Indessen beginnen wir mit der Entwicklung der in dieser Situation unvermeidbaren Gegensanktionen“, hieß es.

Dan-news.info: „Heute Nacht haben ukrainische Truppen unseren Bezirk beschossen, es gibt Schäden. In **Sachanka** wurden in der Friedens- und der Gawrilenko-Straße zwei Häuser beschädigt. In **Kominternowo** wurden sieben Häuser in der Kirow-, Achmatowa- und Pobeda-Straße beschädigt“, teilte der Pressedienst der Verwaltung des **Nowoasowskij-Bezirks der DVR** mit.

Die Bezirksverwaltung fügte hinzu, dass in der Folge von Beschüsse **Saitschenko, Kominternowo, Dershinskoje und Leninskoje** keinen Strom haben. „Informationen über Tote und Verletzte sind nicht eingegangen“, erläuterte der Pressedienst.

de.sputniknews.com: US-Senat will Trumps Kooperation in Cybersicherheit mit Moskau einschränken

Das spezielle Aufklärungskomitee des US-Senats hat eine Initiative gebilligt, die die Möglichkeiten von US-Präsident Donald Trump für die Kooperation in Cybersicherheit mit Russland einschränken soll. Dies berichtet Reuters.

Aus dem Dokument geht hervor, dass der Chef der nationalen Nachrichtendienste der USA einen Monat vor einem geplanten Deal mit Russland den Kongressausschüssen einen Bericht

vorstellen soll, in dem überzeugende Gründe für das Abkommen aufgelistet sein müssen. Außerdem sollen Aufklärungsdaten vorgelegt werden, die der russischen Seite übergeben werden, sowie Beweise dafür, dass die gemeinsame Arbeit mit Moskau zur nationalen Sicherheit Washingtons beitragen wird.

Zuvor billigten das Repräsentantenhaus und der Senat der USA ein Gesetz über neue antirussische Sanktionen. Trump unterzeichnete das Dokument, sagte jedoch, er werde es umsetzen, solange dieses der US-Verfassung nicht widerspreche. Das neue Gesetz erlaubt unter anderem persönliche Sanktionen für Handlungen, die die Cybersicherheit im Interesse Russlands untergraben.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **45 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **21 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mehrfachraketenwerfern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden (Stand 23. August):

- **Sachanka**, Friedensstraße 30 – Fenster, Türen, Wände beschädigt;

- **Sachanka**, Gawrilenko-Straße 28 – eine Gasleitung beschädigt.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

Ukrinform.ua: Neun ausländische Verteidigungsminister kommen heute nach Kiew. Neun ausländische Verteidigungsminister werden die Militärparade in Kiew anlässlich des Tages der Unabhängigkeit am 24. August besuchen.

Das teilte Verteidigungsminister der Ukraine Stepan Poltorak bei der Eröffnung einer Waffenausstellung in Kiew mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Heute kommen acht Verteidigungsminister an, morgen trifft der polnische Verteidigungsminister ein“, sagte er. Insgesamt würden die Ukraine neun Verteidigungsminister, darunter der Verteidigungsminister der USA, besuchen.

An der Militärparade werden 10 Einheiten aus verschiedenen Ländern teilnehmen. Das sind die Einheiten aus Kanada, Georgien, Großbritannien, Litauen, Moldawien, Polen, Rumänien, der USA sowie die Fahngruppen aus Estland und Lettland.

de.sputniknews.com: Für EU- und Nato-Beitritt: Poroschenko verspricht „ausdauerndes Arbeiten“

Die Ukraine wird alles Mögliche unternehmen, um ein Mitglied der EU und der Nato zu werden, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei den Feierlichkeiten anlässlich des Tages der staatlichen Flagge erklärte.

„Durch ausdauerndes Arbeiten werden wir jene Tage immer näher bringen, wo die Ukraine ein Mitglied der EU und der Nato werden kann“, zitiert die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti Poroschenko.

„Achten Sie darauf, wie unserer Flagge in die Nachbarschaft mit der EU-Flagge passt. Vor 2,5 Monaten haben wir die Möglichkeit erkämpft, in Europa frei zu reisen, wobei wir alle nötigen Reformen dafür durchgesetzt haben“, erläuterte er.

Im September 2016 hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko die Nato um eine engere Kooperation und die Aufnahme der Ukraine in das Programm der sogenannten erweiterten Möglichkeiten gebeten.

Ukrinform.ua: Russisch-weißrussisches Manöver: Weißrussland lädt Ukraine als Beobachter ein

Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat Vertreter der Ukraine und der weiteren sechs

Länder als Beobachter zum russisch-weißrussischen Militärmanöver „Zapad 2017“ (auf Deutsch: „Der Westen 2017“) eingeladen.

Das gab das Ministerium auf seiner Webseite bekannt. Die Behörde wartet auf die Beobachter aus der Ukraine, Polen, Lettland, Litauen, Estland, Schweden und Norwegen.

Die Einladung erfolgte im Rahmen des Wiener Dokuments von 2011. Nach dem Dokument müsse die andere Seite über das Manöver informiert werden, wenn an ihm mindestens 9000 Soldaten beteiligt sind. Die Inspektion der anderen Seite ist beim Manöver mit mehr als 13.000 Mann obligatorisch.

Nach Angaben von Russland und Weißrussland werden an „Zapad 2017“ 12.700 Soldaten teilnehmen.

Einige Nato-Länder gehen von rund 100.000 Soldaten aus.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Die Arbeiten der kommunalen Dienste zur Vorbereitung auf die Herbst- und Winterzeit erfolgen plangemäß. Dies teilte heute der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Roman Misewitsch mit.

Wie der stellvertretende Minister mitteilte, ist weiter eine positive Dynamik in der Vorbereitung von Wohnobjekten und sozialen Objekten zu beobachten – die entsprechenden Maßnahmen sind zu 83% durchgeführt. Insgesamt haben von 23.192 Wohnung 19.150 das entsprechende Zertifikat über die komplexe Vorbereitung für die Wintersaison erhalten. Für den Winter sind auch 412 Schulen 436 Kindergärten, 164 medizinische Einrichtungen 233 Kultureinrichtungen bereit.

„In der Republik werden regelmäßig Sitzungen des Fachstabs vor Orts durchgeführt, um die Fragen, die mit dem Verlauf der Vorbereitung für die Herbst- und Winterzeit verbunden sind, zu klären“. Unterstrich Roman Misewitsch.

de.sputniknews.com: Moskau zweifelt nicht an US-Einmischung in russische Präsidentenwahl Die russische Regierung zweifelt laut Vize-Außenminister Sergej Rjabkow nicht im Geringsten daran, dass die Vereinigten Staaten von Amerika versuchen würden, auf die 2018 anstehende Präsidentschaftswahl in Russland Einfluss zu nehmen.

„Wir sind schon an die amerikanische Einmischung gewöhnt, und wir leben damit“, sagte Rjabkow in einem Interview für japanische und chinesische Medien. Der Diplomat verwies auf die Abhör-Affäre des US-Spionagedienstes NSA.

Auf die Frage, ob sich Amerika in die russische Präsidentschaftswahl einmischen würde, sagte er: „Daran gibt es keine Zweifel.“ Und weiter: Nur ein ganz naiver Mensch könnte das Gegenteil glauben.

Laut Rjabkow will Washington Moskau zu einem politischen Kurswechsel zwingen und greift dabei zu „unerlaubten Methoden, um seinen Willen durchzusetzen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31713/80/317138083.jpg>

de.sputniknews.com: Kurilen-Inseln werden Territorium beschleunigter Entwicklung – Medwedew

Russlands Premierminister Dmitri Medwedew hat den Gesetzentwurf über die Schaffung eines Territoriums mit beschleunigter sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung auf den Südkurilen-Inseln befürwortet. Dies teilte der Regierungschef bei einem Treffen mit Aktivisten der politischen Partei „Geeintes Russland“ in der Stadt Juschno-Sachalinsk mit. „Ich möchte alle informieren: Ich habe heute die Entscheidung über die Einrichtung eines neuen Territoriums mit beschleunigter sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung auf den Kurilen unterzeichnet. Also ist eine solche Entscheidung direkt jetzt getroffen worden“, wird Medwedew von der Agentur RIA Novosti zitiert.

Im Rahmen dieses Status sollen auf den Kurilen-Inseln die Fischerei, deren Infrastruktur sowie die Baubranche entwickelt werden.

„Das heißt, es handelt sich um einen zusätzlichen Impuls zur Entwicklung dieses sehr wichtigen Teils des Gebietes Sachalin“, erklärte der Regierungschef beim Treffen mit dem Gouverneur der Region, Oleg Koschemjako.

Außerdem sei ein Dokument unterzeichnet worden, das Veränderungen in das föderale Zielprogramm zur Entwicklung der Kurilen-Inseln einbringt.

Den Status eines Territoriums mit beschleunigter sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung hatten zuvor Abasa in der russischen Teilrepublik Chakassien (Südsibirien) und Nowotroizk im Gebiet Orenburg erhalten.

Wie die russischen Medien mitteilten, hatte die Regierung Anfang Mai die Kriterien für die Einrichtung von Territorien mit beschleunigter sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung bestätigt.

Der Entwicklung der umstrittenen Südkurilen-Inseln widmet Russland besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere geht es auch um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan in dieser Region, so bei der Entwicklung der Infrastruktur, des Fischfangs und des Tourismus.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die letzten 24 Stunden haben das wahre Gesicht von Präsident Poroschenko gezeigt. Nach

seiner weiteren Erklärung über die Unterstützung der Minsker Vereinbarungen und einer vollständigen Feuereinstellung an der gesamten Kontaktlinie haben die ukrainischen Truppen **Mehrfachraketenwerfer verwendet.**

Ein weiteres Mal befanden sich im Beschussgebiet, diesmal in Besymennoje, Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination. Die Beobachtergruppe, zu der russischen und ukrainische Offiziere gehören, waren gezwungen, zum Zeitpunkt des Beschusses mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus im Keller des Gebäudes Schutz zu suchen. Ich merke an, dass dieser Beschuss während des gültigen „Brotwaffenstillstands“ stattfand.

Dem genannten Beschuss, der vom Kommando der „ATO als Erwiderung des Feuers dargestellt wurde, ging eine Erklärung des Führung der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination voraus, dass die Streitkräfte der DVR angeblich Talakowka von ihren Positionen im Gebiet von Kominternowo aus mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ beschossen haben. Die Falschheit dieser Beschuldigungen bestätigen auch die Vertreter der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination, die diesen Beschuss verneinen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner mit Panzern, Mörsern und Schusswaffen die Gebiete von **acht Ortschaften** beschossen. Es wurden 20 Raketen, drei Panzergeschosse, 67 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 54 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In der Folge des Mörserbeschusses wurden Sachanka ein Haus in der Friedensstraße 30 und eine Gasleitung in der Gawrilenko-Straße 28 beschädigt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie und Mörser verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden sechs Artilleriegeschosse des Kalibers 1152mm, 118 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 102 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner mit Mörsern **Krasnyj Partisan** beschossen und auf die Ortschaft vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 45 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Verletzte unter den Verteidigern der Republik und den friedlichen Bürger gibt es **keine**. Die Zahl der Verbrechen der ukrainischen Soldaten gegenüber der friedlichen Bevölkerung auf dem zeitweise von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien ist erheblich gewachsen. Soldaten der 128. Gebirgsjägerbrigade terrorisieren regelmäßig die Bevölkerung von Dsershinsk und Kurdjumowka. Die Einwohner dieser Ortschaften sind Raub und Erpressung ausgesetzt. Unter dem Vorwand „freiwilliger“ Hilfe für die ukrainischen „Verteidiger“ werden der Bevölkerung Lebensmittel und Besitz weggenommen. Selbst das Kommando der „ATO“ ist wegen des starken Anwachsens der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den rechtswidrigen Aktivitäten ukrainischer Soldaten beunruhigt. Allein in den letzten paar Tagen wurden von der Militärpolizei 19 Soldaten aus dem 2. und dem 15. Bataillon der 128. Brigade festgenommen, die verschiedener Verbrechen verdächtigt werden. Aber die Rechtsordnungsorgane weigern sich, Strafverfahren gegen sogenannte „Kämpfer für das Gute“ aufzunehmen, weil sie die Realisierung von Drohungen fürchten, die von deren Kameraden eingegangen sind.

Im Zusammenhang mit der Durchführung von technischen Arbeiten und dem Fällen von Bäumen haben ukrainische Soldaten das Gebiet „Guljajewskij“ nicht weit von Sajzewo abgeriegelt. Vor drei Tagen haben Soldaten der 128. Brigade in diesem Gebiet zwei Männer heftig geschlagen, die versuchten in die abgesperrte Zone zu kommen.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Diversionsgruppen des Gegners, die unter Leitung ausländischer Instrukteure in Sprengstofftechnik ausgebildet wurden, ihre **terroristische Aktivität in Richtung Mariupol aktiviert.**

So haben zwei Diversanten aus der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte bei der Installierung einer selbstgebauten Sprengvorrichtung nicht weit von Granitnoje an einer Straße, die auch von Zivilisten genutzt wird, gegen die Reihenfolge beim Scharfmachen der Einrichtung verstoßen. In der Folge gerieten sie selbst in die Explosion. Nach der Explosion geriet eines der naheliegenden Felder in Brand. Der Kommandeur der 28. Brigade versucht, diesen Fall sorgfältig vor dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen.

de.sputniknews.com: „Spiel, das den Aufwand nicht lohnt“ - US-Kohle für Ukraine
Aus dem amerikanischen Baltimore ist jüngst das erste Frachtschiff mit Anthrazitkohle für die Ukraine auf den Weg gebracht worden. Der feierlichen Zeremonie wohnte unter anderem der ukrainische Botschafter in den USA, Valeri Tschaly, bei, schreibt die Zeitung "Moskowski Komsomolez" am Mittwoch.

Der Deal zwischen einem amerikanischen Kohleproduzenten und Kiew über die Lieferung von 700.000 Tonnen Kohle in diesem Jahr ruft bei Experten jedoch etliche Fragen hervor. Der Kohlepreis liegt aktuell bei 113 Dollar pro Tonne, ist aber nicht fixiert und könnte deswegen künftig steigen. Der ukrainische Diplomat brachte zwar die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Preis sinken werde, doch das ist eher unwahrscheinlich.

Mit diesem Geschäft will Kiew nicht nur Washington seine Loyalität zeigen, sondern auch Moskau seine Unabhängigkeit von dessen Energieressourcen beweisen. Dabei übersehen die ukrainischen Behörden, dass unter dem Deal mit den Amerikanern ihre Mitbürger leiden werden. Denn die russische Kohle kostet nur halb so viel wie die aus Übersee, und die Kohle aus der Donbass-Region ist sogar um 70 Prozent billiger. Dennoch haben die Ukrainer auf die Lieferungen aus Russland und den beiden abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk freiwillig verzichtet.

Noch mehr als das: Die USA werden in die Ukraine die Kohle derselben Klasse liefern, die im Donezbecken zu finden ist. Darauf verwies der Vorsitzende der Radikalen-Partei, Oleg Ljaschko. Er verlangte von der Werchowna Rada (Parlament) die Auflösung des äußerst ungünstigen Vertrags mit den Amerikanern, damit die dadurch gesparten Mittel für die Erschließung der ukrainischen Vorkommen ausgegeben werden. Aber seine Kollegen hörten ihm nicht zu.

Der Vizeleiter des russischen Instituts für GUS-Länder, Wladimir Scharichin, zeigte sich überzeugt, dass der ukrainisch-amerikanische Deal Kiew seine Unabhängigkeit wegnehmen werde, für die auf dem „Maidan“ gekämpft worden sei.

„In der Ukraine gibt es immer noch vernünftige Menschen, die verstehen, dass dieses Spiel den Aufwand nicht lohnt. Aber am Ende werden einfache Ukrainer diese Entscheidung der Behörden finanzieren. Die Ukraine wird zur ‚Wechselmünze‘ bei den geopolitischen Spielen der USA. Dadurch werden unsere Nachbarn ihre Souveränität verlieren, für die sie so heftig kämpften, um Teil der westlichen Welt zu werden. Aber wie wir sehen, ist das nicht passiert“, stellte der Politologe fest.

[Ukrinform.ua: US-Energieminister Perry besucht die Ukraine am 29. August](#)

[US-Energieminister Rick Perry kommt am 29. August in die Ukraine.](#)

[Das teilte der Direktor von Bleyzer Foundation Oleh Ustenko auf einer Pressekonferenz zum Thema „Energiesicherheit der Ukraine: Probleme und Lösungswege. Die Erhöhung der Gewinnung von Energieressourcen in der Ukraine mit Hilfe von Privatunternehmen“ mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.](#)

[Zuvor teilte Präsident der Ukraine Poroschenko mit, dass Perry die Ukraine im August besucht.](#)

de.sputniknews.com: Schojgu: Westen muss endlich syrische Opposition von Terroristen

trennen

Die westlichen Partner müssen verstehen, dass die Bewegung von Terroristen von einem Land in ein anderes nicht unbegrenzt andauern kann. Der Westen müsse die gemäßigte Opposition von Terroristen trennen und die wahllose Hilfe für alle stoppen, teilte der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu am Dienstag mit.

„Wir und Sie verstehen, dass die Bewegung von Terroristen von einem Land in ein anderes nicht unendlich weitergehen kann. Ich möchte, dass dies auch unsere westlichen Partner begreifen und schließlich die gemäßigte Opposition von Terroristen trennen und aufhören, wahllos Hilfe an alle zu leisten“, sagte der russische Minister bei einem Treffen mit dem Chef der libanesischen Militärbehörde, Yaqub As-Sarraf, während des Internationalen Militärtechnischen Forums „Armija 2017“.

Schojgu führte Syrien als Beispiel an, wo die Trennung der gemäßigten Opposition von Terroristen und die Einrichtung von Deeskalationszonen geholfen hätten, den Bürgerkrieg zu beenden und sich auf die Bekämpfung des Terrorismus zu konzentrieren.

Ihm zufolge haben Russland und Libanon viele gemeinsame Themen zu besprechen.

„Vor allem, weil eine der Deeskalationszonen in unmittelbarer Nähe der Grenze liegt und ein Teil der Einheiten, die in Ihrem Land gegen die Terroristen kämpfen, auch gegen den Terrorismus in Syrien kämpft“, sagte der Chef des russischen Verteidigungsministeriums.

de.sputniknews.com: „Ausgewogen und dosiert“: Russlands Außenamt über Antworten auf US-Feindesakte

Russland reagiert maximal ausgewogen und dosiert auf feindseliges Handeln der USA bzw. deren Sanktionen, sagte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow gegenüber chinesischen und japanischen Medienvertretern.

„Wir können mit gutem Recht, in Anlehnung an die Logik der internationalen Beziehungen und die Völkerrechtsdoktrin, die es erlaubt, feindselige Handlungen analog zu beantworten, beliebige Maßnahmen gegen die USA anwenden. Aber wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit solchen Handlungen in manchen Fällen uns selbst schaden würden“, so Rjabkow.

„Wir begreifen auch, dass solche Schritte, insbesondere asymmetrische, nicht spiegelbildliche, unter anderem die regionale und die globale Sicherheit beeinträchtigen könnten“, ergänzte der Vize-Außenminister.

„Wir unternehmen Antwortschritte in der politisch-diplomatischen Sphäre ausschließlich dosiert“, so der Diplomat.

Ihm zufolge ist der zahlenmäßige Ausgleich des Personals der entsprechenden russischen und US-amerikanischen diplomatischen Vertretungen eine „maximal ausgewogene, dosierte und bescheidene Reaktion auf das Vergreifen der USA an den ureigenen wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Interessen Russlands“.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Nicht alle Soldaten der Ukraine sind bereit, die verbrecherischen Befehle ihrer Kommandeure auszuführen.

Auf einem der Zugstützpunkte der 10. Gebirgssturmgrade im Gebiet von Troizkoje haben sich Soldaten geweigert, das Feuer auf die Positionen der Volksmiliz zu eröffnen.

Später ist in dem genannten Gebiet ein Lastwagen mit einer unbekanntenen Einheit eingetroffen, die dann unsere Positionen beschossen hat.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen siebenmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Almasnaja,**

Frunse, Kalinowka und Donezkij. Bei den Beschüssen hat der Gegner 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen angewendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 100 Geschosse abgeschossen. Wir bemerken wie zuvor die Anwesenheit von verbotenen Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie. So wurde im Gebiet von Nowoswanowka die Ankunft eines Schützenpanzers an der Kontaktlinie bemerkt. Diese Technik wird jetzt von der Einheiten der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte für provokative Beschüsse unserer Positionen während der Nacht verwendet. Wir reagieren wie zuvor nicht auf die Provokationen des Gegner. Wir halten die Minsker Vereinbarungen streng ein und sind zu einer Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg bereit, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite sind wir bereit alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wie die Praxis gezeigt hat, findet bei uns im Vorfeld von bedeutsamen Ereignissen wie Kontaktgruppentreffen in Minsk und Feiertagen immer eine Verschärfung der Lage statt. Aber das ist für uns nichts Neues und wir unternehmen die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben – das ist die Bewahrung der territorialen Integrität der LVR und natürlich das Leben unserer Bürger.

Mitarbeiter des Militärkommissariats von Staniza Luganskaja haben im Verlauf des 22. August örtliche Einwohner bei der Arbeit, auf der Straße und in Geschäften festgenommen und zu einer erweiterten medizinischen Untersuchung im Kondraschweskaja-Krankenhaus gezwungen.

Wir haben häufig einen Mangel an Personal bei den ukrainischen Streitkräften festgestellt. Was gestern in Staniza Luganskaja geschehen ist, ist ein klares Zeugnis dafür, dass die ukrainische Regierung zu äußersten Maßnahmen greift und alle rechtlichen Normen verletzt. Natürlich kann ein Mensch, den man mit Gewalt zwingt völlig unschuldige Menschen zu töten, nicht Soldat genannt werden. Solche „Rekruten“ dienen als lebendes Schild an den Frontpositionen, ohne die nötige Ausrüstung und Versorgung. Um es mit einfachen Worten zu sagen – sie sind „Kanonenfutter“. Deshalb sabotieren ukrainische Soldaten die verbrecherischen Befehle der ukrainischen Streitkräfte.

de.sputniknews.com: Im Westen nichts Neues: USA werfen Russland erneut Waffenlieferung an Taliban vor

US-Außenminister Rex Tillerson hat laut Medienberichten Russland erneut beweislos vorgeworfen, Waffen an die Taliban zu liefern und damit gegen internationale Normen zu verstoßen.

„Russland liefert tatsächlich Waffen an die Taliban, was offensichtlich ein Verstoß gegen die internationalen Normen des Uno-Sicherheitsrates ist. Wir sind selbstverständlich dagegen und rufen Russland auf, sich das vor Augen zu führen“, sagte Tillerson während eines Briefings, ohne jegliche Beweise für seine Worte anzuführen.

„Wenn jemand Waffen liefern will, dann muss dies über die afghanische Regierung gemacht werden“, erwiderte der Chefdiplomat die Bitte eines Journalisten, die US-Stellung zu dieser Frage zu klären. Jener verwies zudem darauf, dass am Vorabend, als US-Präsident Donald Trump seine neue Afghanistan-Strategie verkündet hatte, diese Frage nicht erhoben wurde. Zuvor hatte das russische Außenministerium die Vorwürfe, Waffen an die Taliban-Bewegung geliefert zu haben, als grundlos zurückgewiesen. Es wurde betont, dass weder die afghanischen Behörden noch die Kommandos der US- und Nato-Streitkräfte jegliche Beweise vorgelegt hätten, die diese Lügen bestätigen würden. Moskau teilte ferner mit, es unterhalte Kontakte zur Taliban ausschließlich aus dem Grund, um die Sicherheit der russischen Bürger in Afghanistan zu gewährleisten und diese Gruppierung dazu zu bewegen, sich dem Prozess der nationalen Versöhnung anzuschließen...

ukrinform.ua: Präsident Poroschenko eröffnet Waffenausstellung auf Chreschtschatyk
Der Präsident der Ukraine Poroschenko hat eine Waffenausstellung zum 26. Tag der Unabhängigkeit auf der Kiewer Hauptstraße Chreschtschatyk eröffnet.
Das Staatsoberhaupt wurde von dem Verteidigungsminister Stepan Poltorak, dem Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung Olexandr Turtschynow und dem Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung Serhij Paschynskyi begleitet, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.
Im Zentrum Kiews werden etwa 70 Stück des Kriegsgeräts präsentiert. Darunter sind Kampfpanzer, Panzerwagen, Raketensysteme, Artilleriewaffen, Kampf- und Sanitätsfahrzeuge sowie andere Fahrzeuge für die Armee, den Grenzschutz und die Nationalgarde. Unter dem Kriegsgerät sind der modernisierte Kampfpanzer T-72AMT und der modernste Panzer „Oplot“ sowie die neue Entwicklung aus Charkiw, der Mehrfachraketenwerfer „Werba“ (auf Deutsch: die Weide), der „Grad“- Raketenwerfer ersetzen kann.
Die Ausstellung „Stärke der Unbesiegten“ kann man bis 27. August besuchen.

de.sputniknews.com: Femen „bezwingt“ Lenin: Nacktivistin lässt Brüste in Kiew frei – VIDEO

In der ukrainischen Hauptstadt ist eine Femen-Aktivistin auf den Sockel eines gestürzten Lenin-Denkmal geklettert und hat mit nackten Brüsten gegen die „Bereicherung“ Poroschenkos protestiert. Dabei warf die Frau mit Roshen-Bonbons um sich, wie der TV-Sender TCH berichtet.

Die Aktion fand in Kiew am 23. August, dem Tag der Nationalflagge der Ukraine, statt. Dabei versuchte die Femen-Aktivistin, die Aufmerksamkeit der ukrainischen Regierung auf die Probleme der Frauen zu lenken.

Auf ihrer Brust stand „Roshen“, der Name der Schokoladenfabrik des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, und auf dem Postament des gestürzten Lenin-Denkmal hing sie ein Plakat mit der Aufschrift „Chocolate independence“ (dt. „Schoko-Unabhängigkeit“) auf.

„Sein Imperium wächst, während das Volk verarmt“, kommentierte die Aktion die Aktivistin Angelina Diasch.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/eGJV4tbYfso" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/eGJV4tbYfso>

de.sputniknews.com: Umbau von KZ-Gedenkstätte: Polen brüskiert Russland mit Ausladung
Russland darf sich an der Rekonstruktion der Gedenkstätte im polnischen Sobibor, wo sich während des Zweiten Weltkriegs ein NS-Vernichtungslager befand, nicht beteiligen, schreibt die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Mittwoch.

Die Initiative zur Modernisierung der Gedenkstätte geht auf Polen, Israel, die Niederlande und die Slowakei im Jahr 2013 zurück. Russland wurde eingeladen, sich an dem Vorhaben zu beteiligen und nahm die Einladung auch an.

Das Nazi-Lager Sobibor lag rund 200 Kilometer südöstlich von Warschau und funktionierte zwischen Mai 1942 und Oktober 1943. Im Unterschied zu anderen NS-Konzentrationslagern wurde es absolut geheim gehalten, nicht zuletzt weil es ein „reines“ Vernichtungslager war. Die meisten Häftlinge wurden per Eisenbahn dorthin gebracht und direkt in Gaskammern geschickt. Laut jüngsten Angaben von Historikern wurden dort rund 170.000 Juden aus Polen und anderen von den Faschisten besetzten Ländern, darunter aus den Niederlanden, Frankreich, der damaligen Tschechoslowakei und Sowjetunion.

Eine Flucht aus Sobibor war so gut wie unvorstellbar. Das Lager war von vier Reihen mit

einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun und Minenfeldern umgeben. Allerdings konnte der sowjetische Offizier Alexander Petscherski, der in Gefangenschaft geraten und in dieses Lager gebracht worden war, im Laufe von drei Wochen einen Aufstand samt Flucht organisieren. Dabei wurde er von 400 der insgesamt 550 Häftlinge unterstützt. 80 von ihnen wurden bei der Flucht getötet und weitere 270 später gefangen. Nach dem Krieg wurde das Lager abgerissen und in ein riesiges Ackerfeld verwandelt.

Nach dem Krieg war das Lager Sobibor in der Sowjetunion kaum bekannt, obwohl 1945 darüber in sowjetischen Medien geschrieben wurde. Auch Alexander Petscherski selbst, der nach seiner Flucht aus der Gefangenschaft in ein sowjetisches Strafbataillon geriet, erzählte seine Geschichte. Unter den möglichen Gründen dafür werden solche erwähnt wie der Umstand, dass viele geflüchtete Häftlinge polnischen Antisemiten zum Opfer gefallen waren, und es in den sozialistischen Zeiten quasi unangebracht war, dieses Thema aufzuwerfen, um die Beziehungen zwischen Moskau und Warschau nicht zu belasten.

Im vorigen Jahr besuchte der russische Kulturminister Wladimir Medinski Sobibor und versicherte, dass Moskau bereit sei, „an der Arbeit des Organisationskomitees teilzunehmen und die Errichtung des Memorials mitzufinanzieren“.

Jetzt wurde Russland aber eine Absage erteilt. Die Reaktion des Außenministeriums ließ nicht lange auf sich warten:

„Wir halten diese Entscheidung für unmoralisch aus der Sicht der historischen Wahrheit. (...) Die Ignoranz von historischen Fakten lässt sich nicht rational erklären und sollte von der Weltgemeinschaft nicht übersehen werden.“ Außerdem bezeichnete man das als „Teil des von Warschau in letzter Zeit demonstrierten Russlandhasses“ und „die Absicht der Polen, ihre Ansichten zur Geschichte anderen aufzuzwingen, indem sie versuchen, die Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg kleinzureden“.

Warschaus Position ist im Grunde kaum überraschend, aber frappierend war bzw. ist „die Leichtigkeit, mit der unsere ausgefallenen Partner im Rahmen dieses Projekts aus den Niederlanden, der Slowakei und Israel ihre Position bezüglich der russischen Beteiligung daran verändert haben“, so die russische Diplomatie.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31714/26/317142660.jpg>